

Die Spaltung der deutschen Fraktion.

Aus den Berichten über die Reichstagsfraktion, in der der schleichende Gegensatz innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion offenkundig wurde, und aus den ihr nachfolgenden Erklärungen ist erstens zu ersehen, daß jener Sturm im Reichstag in der Hauptsache eine allerdings sehr leidenschaftliche und lärmende Auseinandersetzung zwischen den Sozialdemokraten war und ist zweitens zu erkennen, warum die Fraktionsmehrheit über Haases Vorgehen so empört war. Beiläufig bemerkt, darf man sich durch „Schilderungen“ wie die, daß „es zu Sturmzügen kam, wie sie der Reichstag selten erlebt hat“, nicht gleich zu übertriebenen Vorstellungen einer besonderen Wildheit verführen lassen; in diesem überfachlichen, temperamentlosen Parlament, das überdies durch zwanzig Monate „Burgfrieden“ eingekerkert und entnervt worden ist, werden schon ein paar Zwischenrufe als „Sturm“ gedeutet. Tatsächlich findet sich in dem Bericht der Zwischenruf eines einzigen Nichtsozialdemokraten verzeichnet; alles übrige war der Streit unter den Genossen. Die Mitglieder der Mehrheit waren nun darüber so erregt, daß ihnen Haase in der Fraktionsfraktion auch nicht die bescheidenste Andeutung gemacht hat, er wolle und werde sprechen. Wie sich die Dinge in der Fraktion bis zu der verhängnisvollen Reichstagsfraktion vom Freitag gestaltet haben, hat Ober in der Fraktionsfraktion, die der Reichstagsfraktion unmittelbar nachfolgte, folgendermaßen geschildert:

In unseren letzten Sitzungen haben wir uns wiederholt sehr eingehend über die allgemeine politische Debatte unterhalten, die im Plenum stattfinden sollte. Wir waren uns über die sachliche und formale Behandlung einig. Danach sollte die politische Debatte getrennt werden von der Aussprache über die Steuervorlagen. Heute morgen waren wir uns dahin schlüssig, im Seniorentenvent zu fordern, daß nach Erledigung der U-Boot-Frage und des Etats des Auswärtigen Amtes in der Haushaltskommission eine politische Debatte im Plenum stattfinden sollte. Wir haben diesen Vorschlag im Seniorentenvent unterbreitet, der ihm noch vor Beginn der Reichstagsfraktion zugestimmt hat. Weder Geiger noch Lebebour, die beiden Mitglieder des Seniorentenvents, haben auch nur ein Wort dagegen gesagt. Sie waren also mit dieser Regelung einverstanden. Heute morgen haben wir weiter in der Fraktion über unsere Stellung zum Notetat verhandelt. Die darüber bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind durch Abstimmung erledigt worden. Wegen der formalen Erledigung des Etats wurde einstimmig beschlossen, seiner Verabschiedung am heutigen Sitzungstag keine Hindernisse zu bereiten. Sollte sich etwas Unvorhergesehenes ereignen, dann solle der Vorstand unter sich, eventuell mit der Fraktion, beraten, was geschehen solle. Die Fraktion hat das ohne Widerspruch gutgeheißen. Niemand, weder Haase noch andere Genossen haben auch nur mit einem Worte angedeutet, daß im Plenum zum Notetat geredet werden sollte. Erst im Sitzungssaal hat Haase, und zwar im letzten Augenblick, unmittelbar vor Eröffnung der Verhandlungen, als er mit einer wohl vorbereiteten Rede bereitstand, dem Vorstand mitgeteilt, daß er reden werde.

Demgegenüber wird von der Minderheit allerlei eingewendet. Erstens war der Fraktionsmehrheit „gut genug bekannt“, daß bei der Minderheit der dringende Wunsch nach einer solchen Aussprache bestehe, zweitens „konnte sie gar nicht im Zweifel darüber sein, daß die Minderheit ebenso wie am 21. März handeln würde“ (wozu zu bemerken ist, daß das damalige „Handeln“, das bekanntlich in einer ebenso kurzen wie ruhigen Erklärung Geigers bestand, nicht „ebenso“ war wie am Freitag), aber dessen ungeachtet ist es schwer einzusehen, warum die Minderheit den Entschluß in der Fraktionsfraktion nicht offen angekündigt hat. Was soll sie denn gehindert haben, etwas, was sie ernstlich vorhatte und wovon sie doch überzeugt ist, daß es zu tun ihre Pflicht sei, der Fraktion bekanntzugeben? Wenn man sich schon trennen muß, so wäre es doch ungleich würdiger gewesen, die Trennung als die Folge schwerer Meinungsverschiedenheiten zu vollziehen, als in dem häßlichen Standaal vor der bürgerlichen Öffentlichkeit. Der Eindruck ist nicht abzuweisen, daß der Fraktion bewusst keine Mitteilung gemacht wurde: um der äußerlichen Demonstration willen und um den Schein zu retten, als wäre man nicht weggegangen, sondern wäre ausgeschlossen worden. An den peinlichen Szenen, die dann in der Reichstagsfraktion gewisse Mitglieder der Mehrheit aufgeführt haben (worunter eine der tadelnswertesten ist, daß einige sogar für die Wortentziehung gestimmt haben), tragen also Haase und seine Anhänger ihr gut Teil an Schuld und Verantwortung. Die männliche Ankündigung und Trennung im Echo der Fraktion wäre unseres Bedünkens ihre Pflicht gewesen.

Nun folgte, was folgen mußte: die Mehrheit erklärte (in der Fraktionsfraktion nach der Reichstagsfraktion), daß die Fraktionsmitglieder, „welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse geblöckelt mißachteten und öffentlich durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirklicht haben“. Diese Erklärung, vom Fraktionsvorstand vorgelegt und in der Fraktion mit 58 gegen 33 Stimmen bei vier Stimmenthaltungen angenommen, hat folgenden Wortlaut:

Die Fraktion bedauert lebhaft die Vorgänge, die sich innerhalb ihrer eigenen Gemeinschaft in der heutigen Reichstagsfraktion zugetragen haben. In ihrer Fraktionsfraktion am Vormittag wurde der einstimmige Beschluß gefaßt, eine allgemeine politische Debatte im Plenum (nach der Behandlung des Etats des Auswärtigen Amtes in der Budgetkommission) zu führen — ein Beschluß, dem noch vor Beginn der Plenarsitzung der Seniorentenvent widerspruchlos zugestimmt hat. Hinsichtlich der Behandlung des Notetats hatte die Fraktion in der gleichen Sitzung beschlossen, im Hinblick auf jene in Aussicht stehenden politischen Erörterungen nach altem Verkommen heute von einer politischen Debatte Abstand zu nehmen. In dieser Fraktionsfraktion ist Haase mehrmals ausführlich zu Wort gekommen, um seine Auffassung zum Notgesetz zu begründen. Nachdem die Fraktion in ihrer Mehrheit gegen diese Auffassung entschieden hatte, hat Haase auch nicht die leiseste Andeutung gemacht, daß er gegen diese Fraktionsbeschlüsse im Plenum vorgehen werde. Dadurch wird ein Disziplinbruch zugleich zum Treubruch. Nachdem die Fraktion bereits am 12. Jänner die damalige Sonderaktion aufs schärfste gerügt

hatte, sieht sie sich nunmehr gezwungen, zu erklären, daß Haase und diejenigen Fraktionsmitglieder, welche die gemeinsam gefaßten Beschlüsse geblöckelt mißachteten und öffentlich durchkreuzten, dadurch die aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte verwirklicht haben.

Darauf gab Stolle namens sechzehn Mitglieder die Erklärung ab (Bernstein hat nicht mitgeteilt, sondern sich nur „solidarisch erklärt“):

Der Kollege Haase hat mit unser aller Zustimmung seine heutige Rede gehalten, hat auch mit unserer Zustimmung in der Fraktionsfraktion die ausdrückliche Ankündigung, reden zu wollen, unterlassen. Daß Haase unsere von der Meinung der Fraktionsmehrheit abweichende Auffassung im Plenum des Reichstages zum Ausdruck gebracht hat, war die notwendige und für alle Fraktionskollegen selbstverständliche Folgerung aus unserem Vorgehen vom 1. Dezember 1915,

und die Spaltung war vollzogen. Die neue Fraktion (ihre Mitglieder haben wir bereits mitgeteilt) gab folgende Erklärung ab:

Die unterzeichneten sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages erklären folgendes: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages hat uns heute mit 58 gegen 33 Stimmen, bei vier Stimmenthaltungen, der „aus der Fraktionszugehörigkeit entspringenden Rechte“ beraubt. Dieser Beschluß macht es uns unmöglich, innerhalb der Fraktion auch ferner die Pflichten zu erfüllen, die uns durch die Wahl als Abgeordnete der sozialdemokratischen Partei auferlegt sind. Wir sind uns bewußt, getreu den Grundsätzen der Partei und den Beschlüssen der Parteitage gehandelt zu haben. Um so die Pflichten gegenüber unseren Wählern auch weiter erfüllen zu können, sind wir genötigt, uns zu einer sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen. Den völlig unbegründeten Vorwurf des Disziplinbruchs und des Treubruchs weisen wir zurück.

Von vierzehn Mitgliedern der Mehrheit wird übrigens jener „Ausschluß“ bereits mißbilligt. Die Abgeordneten Albrecht, Antrich, Emmel, Edmund Fischer, Hoch, Hofrichter, Hüttmann, Jädel, Leuter, Raute, P. Reihhaus, Ryffel, Schmidt (Meißen), J. Simon erklären nämlich, daß sie gegen die Zustimmung zum Notetat in der Fraktion gestimmt haben und sich im Reichstag der Abstimmung enthielten und „daß sie in der Fraktion gegen die Maßregelung der achtzehn Genossen, die in ihrer Wirkung einem Ausschluß gleichkommt, gestimmt haben, insbesondere deshalb, weil sie der Fraktion das Recht nicht zugestehen, ein Parteimitglied von der Fraktionsgemeinschaft auszuschließen. Ein solches Recht steht einzig dem Parteitag zu.“ Damit haben wir die äußerlichen Vorgänge mitgeteilt und machen kein Hehl daraus, daß wir wohl meinen, daß sie sich, ganz abgesehen von der prinzipiellen Seite der Spaltung, worüber ja noch lange und oft die Rede sein wird, in anderer Form hätten vollziehen sollen und daß an den beschämenden Vorfällen im offenen Reichstag beide Teile mitschuldig sind. Hervorzuheben wäre noch, daß der „Vorwärts“ noch die Spaltung, die er, wie es seiner durchgängigen Haltung entspricht, natürlich billigt, in sehr besonnener Weise bespricht. Er erklärt:

Innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat sich nun jene Spaltung auch äußerlich vollzogen, die innerlich längst vorhanden war. Es ist damit das eingetretene, was nach der Tiefe der Meinungsgegenstände unvermeidlich war. Mehrheit und Minderheit werden nunmehr ungenügend durch die bisherigen Reibungen ihre besonderen Auffassungen vertreten können. Die Parteitage der Zukunft und die Geschichte aber werden zu entscheiden haben, welche Gruppe die Gebote der Zeit und die Pflichten des Proletariats richtiger erkannt hat — Mehrheit oder Minderheit. In eine Parteispaltung glauben wir heute so wenig wie nach den Vorgängen des 21. Dezember. Die Parteieinheit erwächst aus der geschichtlichen Notwendigkeit des proletarischen Kampfes und der unverwundlichen Kraft der sozialistischen Ideen, die alle auf dem Boden der sozialdemokratischen Grundsätze stehenden Elemente mit unüberwindlicher Kraft wieder zusammenschließen wird, sobald die Trenn- und Wirren dieser Kriegszeit überwunden sein werden.

Die kraftvolle organisatorische und ideelle Einheit der Partei wird aber um so eher zurückkehren, je rascher sich die Klärung der Geister zu vollziehen vermag. Sache aller in Wahrheit um die innere Einheit und die kraftvolle Wahrung der Lebensinteressen besorgten Elemente aber wird es jetzt mehr denn je sein, alles die politischen Kernfragen und deren Erörterung überwachende kleinliche Gegenüberherrschaften zu halten und die Meinungsgegenstände in unbeirrtem Erkenntnisdrang gewissenhaft zu prüfen!

Das ist richtig und vernünftig geredet und es wäre lebhaft zu wünschen, wenn sich alle redenden und schreibenden Genossen an diese Mahnung halten wollten.

Haases Rede.

Die Rede Haases, die in dem Bericht des Korrespondenzbüros in der Schilderung der „Sturmzüge“ beinahe untergegangen ist, hatte folgenden Wortlaut (wir geben ihn mit den Unterbrechungen wieder):

Im Notetat sehe ich mit einem Teil meiner Freunde einen Vertrauensakt für die Regierung und eine Vorwegnahme des ordentlichen Etats. (Scheidemann: Nein!) Meine Stellung zum Notetat ist deshalb abhängig zu der vom Hauptetat. Wie ich diesen ablehne, kann ich auch dem Notetat nicht zustimmen. (Sehr richtig! bei der Minderheit der Sozialdemokraten.) Für diese Frage kommt insbesondere in Betracht die Haltung der Regierung zu den wichtigsten Fragen der inneren und äußeren Politik. Wir haben gestern und vorgestern gesehen, was die Regierung unter der Neuorientierung auf finanzpolitischem Gebiet versteht. Es handelt sich dabei um eine einmalige mögliche Ausgabe nicht einmal aus dem Vermögen, sondern aus dem Zuwachs, der in dieser Zeit genötigt gefliessen ist, und auf der anderen Seite werden die Verbrauch- und Verkehrssteuern hemmend wirken auf unser ganzes Leben und am letzten Ende dem Mittelstand und der Arbeiterklasse ungeheure Lasten bringen. Hier zeigt sich der Klassencharakter des Staates ebenso scharf in dieser Zeit wie vorher. Fast alle Parteien, nicht nur wir, haben seit Jahr und Tag darauf hingewiesen, daß die Regierung versagt hat. Wiederholt haben wir hervorheben müssen, daß die Regierung diejenigen Aufgaben, die ihr gestellt waren, in keiner Weise erfüllt hat. (Große Unruhe.) Wir haben es erlebt, daß sich Hunderte von Frauen und Männern frühmorgens zum Teil schon in der Nacht haben an die Türen drängen müssen und

Stunden um Stunden warten, bis sie auch nur das aller-notwendigste aller Lebensmittel, die Kartoffeln, erhielten. Die Regierung hatte verkündet, daß sie nach den Erfahrungen des vorigen Jahres Wache stehen würde und daß Mißstände nicht wieder vorkommen würden. Das Gegenteil ist eingetreten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Mißstände haben sich noch verschärft. In ihrer Folge ist eingetreten eine Unterernährung. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Widerspruch rechts und große Unruhe.)

Präsident Dr. Kaempff: Das ist eine neue Generaldiskussion über den Etat. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Notetat!) Den stelle ich dem Etat gleich und eine allgemeine Diskussion über den Etat lasse ich nicht mehr zu oder in ganz beschränktem Maße. In diese Umwandlung müssen wir uns halten.

Haase (fortfahrend): Es muß doch dem Redner beim Notetat die Möglichkeit gegeben sein, die Gründe für seine Ablehnung zu entwickeln. (Präsident Kaempff: Dabei brauchen Sie aber nicht auf eine Generaldiskussion überzugreifen.) Einige Momente werde ich wenigstens streifen müssen. Wir haben besondere Beschwerden erhoben gegen die Haltung der Regierung gegenüber dem freien Wort. Alle Versuche, die Zensur einzuführen auf Mitteilungen rein militärischen Inhalts, sind gescheitert. Die Zensur, die gegeben war, daß der Belagerungszustand nur aufrecht erhalten werden soll bis zum Schluß der Mobilmachung, ist nicht gehalten worden. Nichts ist geschehen, um den Beschwerden abzuwehren. Die Tätigkeit der Gewerkschaften ist von der Regierung rühmend hervorgehoben worden. Aber bis heute hat die Regierung noch nicht die Zeit gefunden, die Bestimmungen aufzuheben, die den Gewerkschaften gegenüber den Charakter eines Ausnahmegesetzes haben. Das Vereinsgesetz ist hier in allen drei Lesungen angenommen worden. Aber auch dieses Gesetz zu verabschieden hat sich die Regierung noch nicht verstanden. Sie erklärt, sie habe das nicht getan, weil sie nicht einen Kampf unter den Parteien entfesseln wollte. Der Grund ist nicht stichhaltig; denn ein Steuergesetz hat die Regierung eingebracht, das die Parteien in scharfer Kampfstellung gegeneinander bringt und das das Volk mehr aufregen wird, wie es Kämpfe über das Vereinsgesetz hätten tun können. Die Gleichberechtigung der Staatsbürger wäre wahrhaftig eine Forderung, die durchgeführt werden könnte und werden müßte. Wenn man von Millionen verlangt, daß sie gleiche Pflichten erfüllen, wenn man die Gleichheit im Schützengraben immer wieder betont und fordert, so muß man auch darauf sehen, daß diejenigen, die jetzt schon in zwanzig Kriegsmoenten ihre schwere Pflicht erfüllt haben, wenn sie endlich zurückkehren, nicht als Staatsbürger minderen Rechtes behandelt werden.

Und wohin steuert die auswärtige Politik der Regierung? Schon im März des vorigen Jahres habe ich ausgeführt, daß bei unserer günstigen militärischen Position unsere Regierung die Verpflichtung hat, den anderen die Hand zum Frieden zu bieten. Seitdem ist ein Jahr verfloßen und noch ist ein Ende des menschenmordenden Krieges nicht abzusehen. In allen Ländern haben die Massen ihre Sehnsucht zum Frieden zu erkennen gegeben. Die Volksvertretung würde ihre Aufgabe verstehen, wenn sie sich nicht zum Dolmetsch dieses starken Friedenswillens macht, wenn sie sich eine Binde vor die Augen legt. Ein solches Verhalten würde sich auch schwer rächen. Auch die Politiker in den feindlichen Staaten werden immer mehr zu der Einsicht genötigt, daß unsere Heeren eine entscheidende Niederlage nicht bereitet werden kann. Aber alles spricht dafür, daß unser Heer durch seine Erfolge die Gegner nicht auf die Knie zwingen wird. (Stürmischer Widerspruch.) Zu mächtige Koalitionen stehen sich gegenüber, und am Schluß dieses fürchterlichen Ringens wird es wahrscheinlich weder Sieger noch Besiegte geben. (Lebhafter Widerspruch und Ohufe. — Präsident Dr. Kaempff mahnt den Redner zur Mäßigung.) Sie alle werden zugeben müssen, daß meine Darlegungen sehr wohl begründet sind. (Erneuter Widerspruch.) Wie auch das Ringen aussehen mag, Europa geht einer Verarmung entgegen. Es ist hier hervorgehoben worden, daß sich die Bürger darauf werden einrichten müssen, allein vier Monate im Jahre zu arbeiten, um die Zinsen für die Kriegsanleihen aufzubringen und die Mittel zur Unterhaltung der Kriegsinvaliden und der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. Gestern ist darauf hingewiesen worden, daß es sogar dahin kommen kann, daß wir bis zu sechs Monaten im Jahre dafür arbeiten müssen. Was hat es auch vom Standpunkt der Befürworter und Anhänger des Krieges für einen Sinn, den Krieg fortzusetzen? Wir Sozialisten, die wir den Krieg verabscheuen und verhindern wollen... (Erneuter stürmischer Widerspruch.) Präsident Dr. Kaempff macht von neuem darauf aufmerksam, daß diese Ausführungen in die Generaldiskussion gehören und jetzt nicht gemacht werden dürfen.) Es darf nicht übersehen werden, daß, wenn wir nur die Unabhängigkeit des Reiches aufrecht erhalten wollen, wir schon Frieden haben würden. (Lebhafter Widerspruch.) Für die sozialistischen Arbeiter ist es die herbe Tragik, daß sie, die die gemeinsame Idee der Völkerverbrüderung... (Stürmische Unterbrechungen. Abgeordneter Kretsch: kein deutscher Arbeiter denkt so! Stürmische Gegenrufe aus der sozialdemokratischen Minderheit. Gegenrufe rechts. Großer Lärm und neue Mahnung des Präsidenten zur Sache. Ruf rechts: Diese Rede wollen wir nicht hören!) Sie wollen die Wahrheit nicht hören. Sie werden nicht befreiten können, daß in den Kreisen der Kapitalisten, soweit sie nicht Angnießer des Krieges sind, längst eingesehen wird, daß der Krieg eine falsche Rechnung ist. Man sollte annehmen, daß nur von kompletten Narren und gewissenlosen Menschen die Welt Herrschaft angestrebt werden kann. (Stürmische Zurufe.)

Präsident Dr. Kaempff: Es ist ganz unmöglich, in dieser Weise das Notetatsgesetz zu verabschieden. Wenn Sie weiter so allgemeine Ausführungen machen, muß ich Sie zur Sache rufen.

Haase (fortfahrend): Keine Geschäftsordnung, die ich kenne, kann mich verhindern, meinen Standpunkt darzulegen. Aber ich will mich Ihrem Wunsche so weit als möglich fügen. (Reil [Soz.]: Sie sprechen ohne unsere Zustimmung. — Stürmischer Beifall und Händeklatschen rechts, im Zentrum und bei den Liberalen, stürmische Gegenrufe der sozialdemokratischen Minderheit.) Der Abgeordnete Reil hat durch Ihr Händeklatschen den Lohn für seine Tat dahin. (Reil: Eine Unehrlichkeit bleibt eine Unehrlichkeit! Gestigte Rufe und Gegenrufe innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion.) Da es mir nicht verstatet wird, auch nur im Umriß darzulegen, wie kurzzeit die äußere politische Lage ist, und wie die großen Massen des Volkes sich dazu verhalten, so werde ich bei anderer Gelegenheit darauf eingehen. Es wäre für das Haus, aber doch zur Beurteilung der Lage sehr wichtig, zu erfahren, welche Treibereien nicht nur von den Frondeuren in der Wilhelmstraße, sondern...

Präsident Kaempff: Ich rufe den Redner zur Sache und werde das Haus sofort befragen, ob es ihm das Wort weiter verstaten will. (Abgeordneter Lebebour [Soz.]: Belagerungsveräsident!)